



Stadt Hildesheim

## **BEGRÜNDUNG ZUR 3. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS SO 235 „HINTER DEM DORFE“**

### **1. Allgemeines**

#### **1.0 Vorbemerkung**

Bei dieser Bebauungsplanänderung bleiben die Art und das Maß der baulichen Nutzung unverändert. Die Grundzüge der Planung werden somit nicht berührt. Demzufolge wird von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Bebauungsplan im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufzustellen. Von einer Umweltprüfung und einem Umweltbericht wird daher abgesehen.

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplans wird etwa zur Hälfte und der Bereich der 2. Änderung komplett von der 3. Änderung erfasst. Daher wird aus Gründen der Praktikabilität und Übersichtlichkeit für die 3. Änderung eine Planzeichnung und eine einheitliche Fassung der Begründung mit allen bestehenden und neuen Festsetzungen und örtlichen Bauvorschriften ausgearbeitet. Damit werden die drei Planwerke in diesem Bereich, die nebeneinander teilweise noch gültig und teilweise ungültig sind, vereint. Wesentliche Teile dieser Begründung entsprechen der Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplans.

#### **1.1 Lage des Gebiets**

Das Plangebiet liegt im Westen der Stadt Hildesheim am westlichen Rand der Ortschaft Sorsum, im südlichen Teil der Straße Hinter dem Dorfe auf der westlichen Seite.

#### **1.2 Vorhandene Nutzung**

Im Planänderungsbereich sind derzeit 17 Grundstücke bebaut und 4 teilweise sehr breite Grundstücke werden noch landwirtschaftlich genutzt.

Westlich und südlich des Plangebietes befinden sich landwirtschaftlich genutzte Flächen. Nördlich und östlich der Straße schließt sich Wohnbebauung an.

#### **1.3 Eigentumsverhältnisse**

Die Flächen im Änderungsbereich des Bebauungsplans befinden sich in privatem Eigentum.

## **1.2 Darstellung im Flächennutzungsplan**

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan ist der Planänderungsbereich als Wohnbaufläche dargestellt. Die festgesetzte Art der baulichen Nutzung bleibt unverändert und die Bebauungsplanänderung bleibt damit nach wie vor aus dem Flächennutzungsplan entwickelt.

## **2. Städtebauliche Zielsetzungen**

Ziel und Zweck der 3. Änderung ist es, die überbaubaren Grundstücksflächen für den Anbau von Terrassenüberdachungen und Wintergärten zu erweitern. Die Baugrundstücke haben Grundstückstiefen von 40 bis 53 m, sind aber nur auf einer durch Baugrenzen festgesetzten Bautiefe von 15 m überbaubar. Bei dem überwiegenden Teil der bereits bebauten Grundstücke wurde mit dem Hauptgebäude bereits so dicht an die hintere Baugrenze heran gebaut, dass der Anbau von Terrassenüberdachungen oder Wintergärten nicht mehr möglich ist. Jenseits der hinteren Baugrenze verbleiben aber noch bis zu 33 m bisher nicht überbaubarer Grundstücksfläche. Angesichts dieser großen bisher bebauungsfreien Grundstückstiefe ist es daher städtebaulich vertretbar, für Terrassenüberdachungen und Wintergärten eine angemessene Erweiterung der überbaubaren Grundstücksflächen vorzusehen.

## **3. Planinhalt**

### **3.1 Art der baulichen Nutzung**

Die Festsetzungen zur Art der baulichen Nutzung werden als allgemeines Wohngebiet aus der rechtsverbindlichen 1. Änderung bzw. als Mischgebiet aus der rechtsverbindlichen 2. Änderung des Bebauungsplans übernommen.

Auf angrenzende landwirtschaftliche Flächen wird Rücksicht genommen. Von den westlich gelegenen landwirtschaftlichen Nutzflächen sowie von den östlich liegenden landwirtschaftlichen Hofstellen können Emissionen ausgehen. Jeder, der auf den Grundstücken im Plangebiet baut, tut dies in Kenntnis der unmittelbaren Nachbarschaft zu landwirtschaftlich genutzten Flächen und kann daher nicht verlangen, von jeglichen Immissionen von Seiten der Landwirtschaft verschont zu bleiben. Die zu einer ordnungsgemäßen landwirtschaftlichen Nutzung erforderlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen und die daraus resultierenden unvermeidlichen Immissionen sind seitens der künftigen Bewohner bzw. Nutzer hinzunehmen, solange hierbei für die Betroffenen keine wesentliche Beeinträchtigungen i.S. des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) bzw. „erhebliche Nachteile“ durch schädliche Umwelteinwirkungen i.S. des Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) eintreten.

Im Sinne des planerischen Gebots der gegenseitigen Rücksichtnahme muss aber auch seitens der Landwirtschaft akzeptiert werden, dass die Wohnnutzung eine gewisse Schutzbedürftigkeit hat.

### **3.2 Maß der baulichen Nutzung**

Die Festsetzungen zum Maß der baulichen Nutzung werden aus der bisherigen rechtsverbindlichen Planung übernommen. Sie entsprechen im Wesentlichen der benachbarten Bebauung. Die Grund- und Geschossflächenzahlen liegen unter den Höchstwerten des § 17 Baunutzungsverordnung (BauNVO), um die städtebauliche Dichte in einem der Umgebung angepassten Rahmen zu halten.

Um die Wohnnutzung auf ein angemessenes Maß zu begrenzen und aber auch Einliegerwohnungen für Eltern oder Kinder zu ermöglichen, wird die Zahl der Wohnungen je Wohn-

gebäude, wie auch schon in den derzeit rechtsverbindlichen Planfassungen, weiterhin gem. § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB auf zwei begrenzt.

### **3.3 Bauweise und überbaubare Grundstücksflächen**

Im gesamten Plangebiet wird offene Bauweise festgesetzt. Um eine aufgelockerte, der Umgebung entsprechende Bebauung sicherstellen zu können, werden nur Einzel- und Doppelhäuser zugelassen.

Die überbaubaren Grundstücksflächen werden durch Baugrenzen bestimmt. Für die Seite, die an die öffentliche Erschließungsstraße angrenzt, beträgt der Regelabstand 5 m zur öffentlichen Verkehrsfläche. Die hintere Baugrenze verläuft wie bisher in einem Abstand von 15 m und wird um eine weitere Baugrenze in 7 m Abstand nach Westen ergänzt. Innerhalb dieser erweiterten überbaubaren Grundstücksfläche werden dem Ziel der Planung entsprechend ausschließlich Wintergärten und Terrassenüberdachungen bis zu einer Höhe von maximal 3,5 m über dem Geländeniveau zugelassen (textl. Festsetzung Ziffer 3).

### **3.4 Garagen, Stellplätze und Nebenanlagen**

Um sicherstellen zu können, dass Garagen, größere Stellplatzanlagen und Nebenanlagen in angemessenen Abständen zu öffentlichen Verkehrsflächen errichtet werden und somit die Möglichkeit besteht, durch Eingrünung eine Auflockerung, Gliederung und Abschirmung zwischen den unterschiedlichen versiegelten und bebauten Flächen herzustellen, werden diesbezüglich besondere Abstandsregelungen getroffen.

Garagen und Carports werden an der Zufahrtsseite nur ab einem Mindestabstand von 5 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zugelassen. An Seiten- und Rückwänden von Garagen ist ein Mindestabstand von 2 m zu öffentlichen Verkehrsflächen einzuhalten. Abstandsflächen sind mit Ausnahme der Zufahrten mit Laubsträuchern zu bepflanzen, die zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind. (textl. Festsetzung Ziffer 4). Der Mindestabstand von 5 m vor Garagen und Carports soll neben gestalterischen Erwägungen vor allem auch dazu dienen, dass auf der Vorfläche ein zweiter PKW abgestellt werden kann, da in Wohngebieten durch die zunehmende Anzahl von Zweitwagen häufig Parkraumnot entsteht.

Stellplatzanlagen mit mehr als zwei Einstellplätzen werden nur ab einem Mindestabstand von 2 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zugelassen. Die Abstandsflächen sind bis auf eine maximal 5 m breite Zufahrt mit Laubsträuchern zu bepflanzen, die zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind (textl. Festsetzung Ziffer 5).

Nebenanlagen mit mehr als 15 m<sup>3</sup> Bruttorauminhalt werden nur ab einem Mindestabstand von 3 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zugelassen. Die Abstandsflächen sind auf dem Baugrundstück mindestens 2 m breit mit Laubsträuchern flächendeckend zu begrünen, die zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind (textl. Festsetzung Ziffer 6). Auf diese Weise wird sichergestellt, dass größere Nebenanlagen, die in Wohngebieten häufig als Fremdkörper wirken können, von ihrer Erscheinung her nicht zu dominant in den öffentlichen Raum hineinwirken. Im Einzelfall können bis auf 2 m verringerte Abstände zugelassen werden, soweit landesrechtliche Belange nicht entgegenstehen (textl. Festsetzung Ziffer 6 Satz 2).

### **3.5 Örtliche Bauvorschrift**

Diese Bebauungsplanänderung enthält ebenso wie die bisher rechtsverbindlichen Fassungen im Planbereich gem. § 84 Abs. 6 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) als Festsetzungen auch örtliche Bauvorschriften. Mit diesen Bauvorschriften sind die wesentlichen

Gestaltungselemente und Materialien vorgegeben, die für die Einfügung in das Orts- und Landschaftsbild von Bedeutung sind.

### **3.5.1 Traufhöhe**

Die maximal zulässige Traufhöhe beträgt 4 m. Die Begrenzung der Traufhöhe ist erforderlich, da zu hohe Außenwände die Maßstäblichkeit in der Gestaltung des künftigen Baugebiets sprengen würden. Das gewählte Maß von 4 m entspricht der Traufhöhe einer ortsüblichen eingeschossigen Bebauung und nimmt damit Rücksicht auf die Anpassung an die vorhandene Bebauung in der näheren Umgebung (örtliche Bauvorschrift Ziffer 1).

Das Ziel, ein homogenes Baugebiet zu schaffen, könnte dadurch unterlaufen werden, dass durch eine teilweise Freilegung des Kellergeschosses an der entsprechenden Hausseite der Eindruck eines um ein Geschoss höheren Hauses entsteht. Daher werden solche Veränderungen der natürlichen Geländeoberfläche nicht zugelassen (örtliche Bauvorschrift Ziffer 1 Satz 3). Kellerlichtschächte werden dadurch nicht ausgeschlossen, soweit durch sie nicht der Eindruck eines zusätzlichen Geschosses entsteht.

### **3.5.2 Firsthöhe**

Da mit der Festsetzung der höchstzulässigen Zahl der Vollgeschosse allein noch nicht die Höhe der künftigen Gebäude wirksam begrenzt werden kann, ist es erforderlich, auch eine maximal zulässige Firsthöhe festzusetzen, um damit sicherstellen zu können, dass einzelne Gebäude nicht unangemessen hoch die Nachbarbebauung überragen. Die festgesetzte Höhe von 9 m entspricht der Firsthöhe einer ortsüblichen eingeschossigen Bebauung (örtliche Bauvorschrift Ziff. 2). Bezugspunkte für die senkrechte Bemessung der Firsthöhe sind die mittlere Höhe der natürlichen Geländeoberfläche und die Oberkante der Dachsparren.

### **3.5.3 Drempel**

Drempel ermöglichen einen geräumigen Ausbau des Dachgeschosses. Um jedoch störende Verzerrungen der Maßstäblichkeit in der Fassadengliederung zu vermeiden, wird die zulässige Drempelhöhe auf 60 cm begrenzt (örtliche Bauvorschrift Ziffer 3). Da die Drempelhöhe an der Außenwand zwischen der Oberfläche des Dachgeschossrohfußbodens und der Unterkante der Dachsparren zu messen ist, ergibt sich konstruktionsbedingt je nach Dachneigung und Stärke der Außenwand eine innere Ausbauhöhe des Drempels von gut 80 – 90 cm. Dieses Maß ist ausreichend, um auch im Dachgeschoss bedarfsgerecht und wirtschaftlich Wohnraum schaffen zu können.

### **3.5.4 Dachform und Dachneigung**

In den angrenzenden bebauten Gebieten sind weitestgehend nur Sattel-, Walm- und Krüppelwalmdächer vorhanden. Als Dachform werden daher der vorhandenen Struktur entsprechend ausschließlich geneigte Dächer mit Ausnahme von Pultdächern zugelassen.

Ein zu weiter Rahmen für die zulässige Dachneigung würde krasse Gegensätze ermöglichen, was hier im Sinne einer harmonischen Dachlandschaft vermieden werden soll. Demgemäß wird die zulässige Dachneigung auf 30° bis 42° festgeschrieben.

Da Garagen und Nebenanlagen in der Regel das Ortsbild weniger stark beeinflussen und Gründächer sich auf das Kleinklima und die Wohnumfeldgestaltung positiv auswirken können, werden für solche Gebäude beispielsweise auch Flachdächer und flach geneigte Dä-

cher zugelassen, wenn diese begrünt sind. Begrünung im Sinne dieser Vorschrift ist ein fächendeckender natürlicher Bewuchs auf einem Substrat, dass auf der Dachoberfläche ruht.

Nebenanlagen mit bis zu 15 m<sup>3</sup> Bruttorauminhalt sind innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile allgemein genehmigungsfrei. Da solche Nebenanlagen auch in der Regel nicht sehr auffällig sind, wird die Dachform für diese freigestellt (örtliche Bauvorschrift Ziffer 4).

### **3.5.5 Dachoberfläche**

Als Material der Dachoberfläche werden der regionaltypischen Bauweise entsprechend naturrote, nicht glänzende Tondachpfannen oder dieser Farbe und Form entsprechende andere Materialien zugelassen (örtliche Bauvorschrift Ziff. 5 Satz 1). In der näheren Umgebung des Baugebiets sind auch dunkle Dächer vorhanden. Diese können jedoch nicht als Maßstab gelten, da der Einfügung in das Landschaftsbild und der traditionell regionaltypischen Bauweise insbesondere am Ortsrand eine höhere Bedeutung beizumessen ist.

Um ökologische Bauvorhaben nicht auszuschließen, werden auch begrünte Dächer zugelassen, zumal Störungen des Landschaftsbildes hierdurch nicht zu erwarten sind. Die Dachbegrünung ist dabei wenigstens als extensive Dachbegrünung mit Aussaat oder Pflanzung auf einem Substrat von mindestens 8 cm Höhe auf der Dachoberfläche auszuführen. Darüber hinaus sind auch intensivere Formen der Dachbegrünung, wie z. B. Grasdächer, möglich.

Gemäß der örtlichen Bauvorschrift Ziffer 5 Satz 2 werden im Sinne des Umweltschutzes Teile der Dacheindeckung, die der Energiegewinnung dienen, ausgenommen. Da gläserne Teile der Dacheindeckung in der Regel nicht störend, sondern eher auflockernd wirken, und um den Bau von Wintergärten nicht zu erschweren, werden auch gläserne Teile der Dachabdeckung ausdrücklich zugelassen. Da kleinere Nebenanlagen ohnehin kaum in Erscheinung treten, werden für diese das Material und die Farbe der Dachoberfläche freigestellt.

### **3.5.6 Dachgestaltung**

Dachaufbauten, Dachflächenfenster und Dachbalkone dürfen in der Summe ihrer Breiten auf einer Dachseite höchstens 66% der Trauflänge dieser Dachseite betragen (örtliche Bauvorschrift Ziffer 6). Zwerchgiebel gelten nicht als Dachaufbauten im Sinne dieser Vorschrift. Die vorgeschriebenen Mindestabstände von den Ortgängen, der Traufe und dem First gewährleisten ein Mindestmaß an Geschlossenheit in der Wirkung des Hauptdaches und tragen dazu bei, eine möglichst ruhige Dachlandschaft gewährleisten zu können.

### **3.5.7 Einfriedungen**

Das private Grün in den Vorgärten von Wohngrundstücken trägt wesentlich zu einer aufgelockerten, lebendigen Gestaltung und einer als angenehm empfundenen Atmosphäre des Wohnumfeldes bei. Wände und Mauern, die unmittelbar an öffentlichen Verkehrsflächen stehen, wirken dagegen starr, abweisend und unfreundlich. Manche Bewohner legen aber großen Wert auf einen wirkungsvollen Sichtschutz. Daher sollen hohe geschlossene Einfriedungen nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Um aber gestalterische Beeinträchtigungen des öffentlichen Raums vermeiden zu können, wird für über 0,8 m hohe, sichtundurchlässige Wände und Mauern ein Mindestabstand von 2 m vorgeschrieben. Um dabei eine harmonische Einbindung gewährleisten zu können, wird weiterhin vorgeschrieben, dass die Abstandsflächen mit Sträuchern zu bepflanzen sind (örtliche Bauvorschrift Ziffer 7).

### **3.5.8 Antennen**

Bisher wurden lediglich Überdachantennen, die dem Rundfunk- und Fernsehempfang dienen ausgeschlossen. Die neue Regelung berücksichtigt nun explizit Parabolantennen, die über Dach als weithin sichtbare fremde Elemente das Erscheinungsbild der Dachlandschaft stören würden. Die getroffene Regelung soll eine Beeinträchtigung der Dachlandschaft vermeiden.

Parabolantennen sind zulässig, wenn sie an der Hauswand oder im Gartenbereich angebracht werden. Ebenfalls sind Unterdachantennen zulässig, so dass insgesamt der Rundfunk- und Fernsehempfang ermöglicht wird und das Grundrecht auf Informationsfreiheit nach Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 Grundgesetz trotz der aus gestalterischen Gründen getroffenen Regelung gewährleistet ist.

### **3.5.9 Ordnungswidrigkeiten**

Auf die Bußgeldvorschrift des § 80 Abs. 3 NBauO wird verwiesen (örtliche Bauvorschrift Ziffer 9), da der Verweis in der örtlichen Bauvorschrift notwendiges Tatbestandsmerkmal ist, um ein Zuwiderhandeln gegen die Vorschrift auch als Ordnungswidrigkeit verfolgen zu können.

### **3.6 Erschließung**

Die Erschließung erfolgt über die vorhandene Straße Hinter dem Dorfe. Öffentliche Parkplätze sind entlang der Straße auf der westlichen Seite als Längsparkplätze vorgesehen.

Die privaten Stellplätze sind in einer den Ausführungsbestimmungen zur NBauO entsprechenden Anzahl auf den Baugrundstücken herzustellen.

Die Versorgung des Gebiets mit Gas, Wasser und Strom erfolgt durch die EVI Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co KG über das vorhandene Netz. Das Regenwasser und Schmutzwasser wird dem öffentlichen Kanalnetz zugeführt.

Die notwendigen Container zur Sammlung von Altglas, Altpapier und Altkleidern sind bereits in ausreichender Anzahl in Sorsum vorhanden.

### **3.7 Spielplätze**

Im Änderungsbereich selbst ist kein Spielplatz geplant. In der Urfassung des Bebauungsplans ist aber weiter nördlich gegenüber des Kindergartens ein Spielplatz festgesetzt, der mit einer Fläche von ca. 1.500 m<sup>2</sup> für das gesamte Gebiet des Bebauungsplans SO 235 ausreichend ist und sich dort in zentraler Lage befindet.

### **3.8 Anpflanzen und Erhalten von Bäumen**

Um eine angemessene Durchgrünung des Plangebiets sicherzustellen und einen Ausgleich für zu erwartende Eingriffe in den Naturhaushalt gewährleisten zu können, werden Festsetzungen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern getroffen. Eine entsprechende Pflanzliste ist Bestandteil dieser Begründung und als Anlage beigefügt.

Je angefangene 500 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche ist dazu mindestens ein hochstämmiger Obstbaum oder ein mittelhoch- oder hochwüchsiger standortgerechter Laubbaum anzupflanzen (textliche Festsetzung Ziffer 7).

Am westlichen Rand des Plangebiets werden zur Einbindung in das Landschaftsbild Anpflanzungen als 5 m breiter Pflanzstreifen entlang der rückwärtigen Grundstücksgrenze festgesetzt (textliche Festsetzung Ziffer 8).

#### **4. Auswirkungen auf die Umwelt**

Die Einbindung in das Landschaftsbild wird nach wie vor durch die Anpflanzungen am Rand des Plangebietes sichergestellt. Als unvermeidlicher Eingriff in den Naturhaushalt bleibt die Versiegelung durch die Herstellung baulicher Anlagen auf den Grundstücken.

Eine Vorschrift gem. § 56 Abs. 1 Nr. 8 NBauO zur Versickerung, Verregnung oder Verrieselung von Niederschlagswasser auf den Baugrundstücken kommt hier aufgrund der Untergrundverhältnisse nicht in Betracht, wie in einem Gutachten des Ingenieurbüros Prof. Billib & Partner vom Februar 1993 über die Zulässigkeit flächenhafter Versickerung von Regenwasser im Stadtgebiet von Hildesheim festgestellt wurde.

Für die aus den unvermeidlichen Versiegelungen resultierenden Eingriffe in den Naturhaushalt dient die Bepflanzung eines 5 m breiten Streifens am westlichen Rand des Plangebiets sowie die Anpflanzung eines hochstämmigen Obstbaums oder eines mittelhoch- oder hochwüchsigen standortgerechten Laubbaums je angefangener 500 m<sup>2</sup> Grundstücksfläche als Ausgleich.

Dadurch, dass im Zuge dieser Änderung des Bebauungsplans nur die überbaubare Grundstücksfläche erweitert wird und die festgesetzte Grundflächenzahl unverändert bleibt, ändert sich der mögliche Grad der Versiegelung gegenüber der bisher rechtsverbindlichen 1. und 2. Änderung des Bebauungsplans nicht. Die zulässigen Eingriffe in den Naturhaushalt werden durch diese 2. Änderung somit nicht verändert.

#### **5. Altlasten**

Die unbebauten Flächen im Planbereich wurden bisher ausschließlich landwirtschaftlich genutzt oder lagen brach. Es besteht daher kein Anlass zur Vermutung von Altlasten.

Etwa 1,2 km südlich des Plangebiets liegt die Altablagerung Nr. 7 „Sorsum, Schafweide“. Für diese Altablagerung liegen die Ergebnisse einer gezielten Nachermittlung aus den Jahren 1988/89 vor. Danach tritt aus der Altablagerung belastetes Sickerwasser aus, das das Grundwasser verunreinigen könnte. Die Wahrscheinlichkeit einer nachweisbaren Beeinträchtigung des Grund- und Oberflächenwassers im Plangebiet durch die Altablagerung ist wegen der großen Entfernung und daraus resultierenden Verdünnung zwar gering, aber nicht vollkommen auszuschließen. Aus den vorgenannten Gründen ist möglicherweise nur eine eingeschränkte Nutzbarkeit des Grundwassers gegeben.

#### **6. Finanzielle Auswirkungen**

Der Stadt entstehen durch diese Bebauungsplanänderung keine Kosten.

## 7. Bodenordnende Maßnahmen

Bodenordnende Maßnahmen im Sinne des BauGB sind zur Umsetzung der Planung voraussichtlich nicht erforderlich.

## 9. Verfahren

Aufstellungsbeschluss (§ 2 Abs. 1 BauGB)	12.06.2013
Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)	21.06.2013 -26.07.2013
Öffentliche Auslegung (§ 3 Abs. 2 BauGB)	26.06.2013 - 25.07.2013

Diese Begründung wurde ausgearbeitet vom Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung der Stadt Hildesheim.

Hildesheim, 14.08.2013

Im Auftrage

(Kraaz)

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 23.09.2013 die 3. Änderung des Bebauungsplans SO 235 „Hinter dem Dorfe“ mit dieser Begründung beschlossen.

Hildesheim, den 25.09.2013

(Machens)

Oberbürgermeister



## Anlage zur Begründung

### BEISPIELHAFTE AUSWAHL HEIMISCHER LAUBBÄUME

#### Mittelhochwüchsige Laubbäume:

- |                    |                       |
|--------------------|-----------------------|
| - Acer campestre   | Feldahorn             |
| - Carpinus betulus | Hainbuche             |
| - Prunus padus     | Traubenkirsche        |
| - Sorbus aria      | Mehlbeere             |
| - Sorbus aucuparia | Vogelbeere, Eberesche |

#### Hochwüchsige Laubbäume:

- |                       |             |
|-----------------------|-------------|
| - Acer platanoides    | Spitzahorn  |
| - Acer pseudoplatanus | Bergahorn   |
| - Fagus silvatica     | Rotbuche    |
| - Fraxinus excelsior  | Esche       |
| - Quercus robur       | Stieleiche  |
| - Tilia cordata       | Winterlinde |